

Maßregel der Steuer, denn diese Mannschaften sind nicht unbedeutend und zu Aufstellungen geneigt, wofür die Aufstellungen in Kruppen, Pristina und anderen Orten Beispiele bieten.

Zur Lage in Ostpreußen. Tagliche Kaugenossen der Streikwachen in Ostpreußen berichten dem Ministerbureau in London über die großen Unannehmlichkeiten, welche die Streiks für die Einwohner im Gefolge hatten. Da die Bäckergehilfen streikten, wurde das Brot knapp, und die Preise stiegen wie bei einer Hungersnot, jedoch für das Pfund Weizen 40 Pf. und für Gerstebrot 1 R. 5 Pf. bezahlt wurden. Die Leute, deren Familien in dem weiter entfernten liegenden Vorstädten Ostpreußen wohnten, konnten nach getaner Arbeit abends nicht nach Hause zurückkehren, weil die Dampfstraßenbahn ihren Dienst eingestellt hatte. Sie mußten entweder ein Unterkommen in der Stadt suchen oder die unerschwinglichen Forderungen der Drochschleutischer, die für die kleinste Vorstadtstraße 3 Rubel verlangten, befreiben. Zu sehen war wegen der herrschenden Hitze fast unumgänglich. Mittlerweile waren die Familien derjenigen, die in der Stadt blieben, tatsächlich ohne Brot. Dem Unternehmungsgeist einiger Mittelklasse gelang es jedoch, Abhilfe zu schaffen. Sie leisteten die großen Mühen, die sonst bei Umzügen zur Verwendung kommen, und benutzten sie als Omnibusse. Der Dienst der Straßenbahn konnte nur unter großen Schwierigkeiten wieder aufgenommen werden. Die Streikenden warfen sich nämlich einfach auf die Schienen und mußten mit Gewalt beseitigt werden. Man nimmt allgemein an, daß der Streik weniger ausgedehnt und weniger ernst gewesen sein würde, wenn von Anfang an energischer Maßnahmen getroffen worden wären. Der russische Charakter ist aber schwerfällig und gleichgültig und deshalb so den Behörden, ebenso wie das Publikum, die Sache zu leicht auf, und man traf keine energischen Maßnahmen, weil man sich der angenehmen Hoffnung hingab, ein so plötzlich entstandener Streik werde auch ebenso plötzlich wieder erlöschen. Als schließlich die Behörden zu ernstlichen Maßnahmen übergingen, war die Lage bereits sehr drohend geworden.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, 25. August 1903.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller trat am Freitag unter dem Vorsitz des Herrn Fabrikbesitzer Franz Hoffmann-Dresden zu einer Sitzung in Dresden zusammen, an der 11 Vorstandsmitglieder teilnahmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Herr Hoffmann seinen Dank aus für die ihm anlässlich seines 25jährigen Geschäftsjubiläum übermittelten Glückwünsche und vom Vorstandsvorstand überreichte Adresse. Hierauf wurde der Bericht über die Tätigkeit des Verbandes seit der letzten Vorstandssitzung zustimmend zur Kenntnis genommen und der Aufnahme von 8 neuen Mitgliedsfirmen in den Verband zugestimmt. Im Mittelpunkt der weiteren Beratungen stand die Stellungnahme des Verbandes zu der von der Regierung angeregten Änderung des Wahlrechtes zum Landtag und die bevorstehenden Landtagswahlen. Einem schon früher gefaßten Beschlusse entsprechend wurde die Aufstellung einer jetzt vorliegenden Eingabe an das Ministerium betreffend Neuorganisation der Landtagswahlkreise als Voraussetzung für eine befriedigende Wahlrechtsreform beschlossen, da die jetzige auf einer Unterabteilung von Stadt und Land beruhende Einteilung (37 städt., 45 ländl. Wahlkreise) weder als zweckmäßig, noch bei Berechnung auf Bevölkerungsziffer und Steuerleistung der städtischen und ländlichen Wahlkreise als gerecht angesehen werden konnte. Die von der Regierung ergriffene Initiative zur Änderung des jetzt geltenden Landtagswahlrechtes wurde mit Zustimmung begrüßt, da die jetzige Zusammenfassung der Wahlkreise in keiner Weise dem wirtschaftlich industriellen Charakter des Königreiches Sachsen entspricht und viel zu jener Anzweiflung der Bevölkerung beigetragen habe, welche bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen sei. Pflicht der Regierung sei es jedoch, ihrerseits Vorschläge für eine gerechte und zweckdienliche Änderung des Wahlrechtes zu machen, erst dann würde für die Interessensvertretungen Gelegenheit gegeben sein, sich von ihrem Standpunkt aus zu diesem Entwurfe zu äußern. In diesem Sinne wurde beschlossen, sobald der neue Wahlrechtsentwurf der Regierung bekannt geworden sei, zunächst von Seiten des Vorstandes und alsdann seitens des Verbandes dazu Stellung zu nehmen, jedoch vorher einen eigenen Entwurf nicht einzureichen. In einer Ansprache über die bisher in der Öffentlichkeit gemachten Vorschläge zur Änderung des jetzt bestehenden Landtagswahlrechtes wurde von mehreren Seiten vor einem berufständlichen Wahlrecht gewarnt, da ein solches Wahlrecht den schon jetzt bestehenden Interessentkampf in außerordentlichem Maße verschärfen, andererseits aber auch, wenn man als Grundlage für die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Berufsklassen die Kopfkopf der Angehörigen der betr. Gruppe annehmen würde, die Industriellen gegenüber der Landwirtschaft, den Handwerkern und Kleinrentnern in unangewes-

sen und der Bedeutung der Industrie nicht entsprechender Weise in den Vordergrund treten würden. Um den Landtagswahlkreislagen Gelegenheit zu geben, die Wünsche der Industrie kennen zu lernen, wurde ferner beschlossen, an die sächsischen Kandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen ein diesbezügliches Aufschreiben zu richten und sie zur Stellungnahme zu demselben aufzufordern. Es zeigte sich übrigens, daß bei den diesjährigen Landtagswahlen bereits mehr als früher die Notwendigkeit der sächsischen Parteien hervortritt, selbständige Industrielle als Kandidaten aufzustellen; so sind bisher bereits 6 Mitglieder des Verbandes als Kandidaten für die Landtagswahlen aufgestellt worden und werden vom Verbande und seinen Mitgliedern in entsprechender Weise unterstützt werden. Neben der Erlebung mehrerer anderer Angelegenheiten wurde hierauf beschlossen, die Generalversammlung des Verbandes am 10. November dieses Jahres in Dresden abzuhalten und bei dieser Gelegenheit einen Hauptvortrag über die Bedeutung der Industrie in den sächsischen Ständekammern mit anschließender Besprechung und Beschlußfassung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die vom 9. bis 12. September in Mannheim stattfindende Tagung des „Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verbandes für Schiffsahrt“ erregt begreifliches Interesse in den beteiligten Kreisen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns. Das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird als Vertreter der Herren Unterstaatssekretär Excellenz Schulz, Oberbauinspektor von Doemming und Geheimrat Sauerher und die sächsische Regierung den Minister des Innern und eine größere Anzahl von Beamten der Bauverwaltung entsenden; aus Oesterreich und Ungarn endlich werden die Leiter der beteiligten technischen Ressorts erscheinen. Auch die bedeutendsten Städte, Handelskammern und Reedereien von Deutschland und Oesterreich haben ihre Vertreter angemeldet, und so wird die Tagung voraussichtlich eine große Zahl von Ausführenden aufweisen. Seine eigentliche Bedeutung wird der Kongress aber insbesondere dadurch erhalten, daß die zur Zeit im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehenden Kanalaragen eine eingehende Behandlung erfahren werden. Welches Interesse der Tagung seitens der sächsischen Staatsregierung entgegengebracht wird, geht u. a. daraus hervor, daß sie für die Teilnehmer des Verbandes eine Besichtigung und Besichtigung auf dem Rhein und dem Main veranstaltet. Auch die sächsische Staatsbahnverwaltung, mit der gleichzeitig die Verwaltung mehrerer Rheinlinien verbunden ist, und ebenso die Direktion der sächsischen Eisenbahn werden Sonderzüge zur Verfügung stellen. Endlich wird die Stadt Dürkheim in der bayrischen Rheingebirge den Teilnehmern einen Festakt anbieten. Die Vertretung an dem Verbandstage sieht, da derselbe einen Vereinigungspunkt aller Freunde der Schiffsahrt darstellt, naturgemäß auch Mitgliedern des Verbandes sei. Die Vertretung verspricht eine außerordentlich rege zu werden, namentlich aus Oesterreich und Ungarn liegen zahlreiche Anmeldungen vor. Anmeldungen von Interessenten sind an den Vorstand des „Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verbandes für Schiffsahrt“, Berlin W. 99, Eismacherstraße 114, zu richten.

Auerbach i. B., 24. August. Der im vorigen Jahre von der Stadtverwaltung beschlossene Bau von Arbeiterwohnhäusern ist nunmehr, nachdem die Stadt zu diesem Zwecke ein nahezu 17 000 qm umfassendes Areal an der nach Sor a führenden Straße erworben hat, von einem hiesigen Baumeister mit Unterstützung der Stadt in Angriff genommen worden. Die Stadt überläßt den Baugrund zu billigen Preisen und unter günstigen Zahlungsbedingungen und weiter unter Vorbehalt des Vorkaufrechtes zu einem von einem unparteiischen Sachverständigen zu bestimmenden Preise. Das erste dieser Häuser, deren jedes vier Wohnungen mit Stube, Kammer im Ausmaße von zusammen wenigstens 30 qm und Küche enthält, ist jetzt gehoben worden. Weitere Häuser folgen nach. Das erste Haus ist auch schon verkauft worden.

Aus dem Vogtlande, 24. August. Im ganzen Vogtlande haben am Sonnabend und besonders am Sonntagabend schwere Gewitter bedeutenden Schaden angerichtet. Der Regen war wolkenbruchartig und die Wasserläufe haben namentlich auf den Feldern schlammige Spuren ihres Vernichtungswerkes hinterlassen. In verschiedenen Ortschaften hat der Blitz geübt. So wurde in Reichenbach die Wollgarmliederlage von Lande bis auf den Grund eingestürzt. In Hartmannsdorf schlug der Blitz in das Anwesen des Gutbesizers Hofe, der durch Brandwunden schwer verletzt und dessen Sohn getötet wurde. Im Stallgebäude wurden 5 Rinder getötet. In Boghaus bei Greiz wurde durch den Blitz das Anwesen des Gutbesizers Eiter eingestürzt, in Malla bei Schleiz brannten 3 Anwesen nieder, in deren einem der Blitz 2 Ochsen tötete.

Burzen. Eine sozialdemokratische Parteiverammlung hat am Sonntag hier beschlossen, am 20. und 21. (Künftigen) Landtagswahlkreise den Reichstagsabgeordneten Votrek in

Delitzsch und den Kaufmann Julius König in Burzen, im 11. (Künftigen) Wahlkreise den früheren Landtagsabgeordneten Schöberl in Hartze aufzustellen. Auch über einen sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstagsprozeß sprach man sich aus. Die Versammlung entschied, daß die sozialdemokratische Fraktion die Übernomme des Abgeordnetenamtes ablehnen solle, wenn löbliche Pflichten damit verbunden sind. Zum Schluß folgte eine äußerst scharfe Auseinandersetzung zwischen Herrn Schöberl aus Delitzsch und dem Führer im Kreise der Teppichfabrik Robert Oppmann. Die Mehrheit der Versammlung verurteilte den Streik in der Teppichfabrik.

Aus aller Welt.

Im Kreise Marburg und Umgegend niedergegangene gewaltige Regenmassen haben bedeutenden Schaden an der Ernte angerichtet. In Uferrope ist ein neues bautes Schulhaus eingestürzt. — In Habinghorst erkrankte am Sonnabend eine polnische Bergmannsfamilie nach dem Genuß von Pilzen. Drei Kinder sind bereits gestorben. Die Eltern liegen schwer krank darnieder. — Der Sicherheitsdienst in Paris hat auf Nachsuchen der Staatsanwaltschaft in München einen aus Nürnberg gebürtigen Mann namens Johann Greismayer verhaftet, der zahlreicher Fälschungen angeklagt ist. — In den Meraner Bergen, und zwar auf der Saugenspitze, verunglückte der Bauernburche Alois Weiß beim Edelweissuchen. Er fiel auf ein großes Geröllfeld herab, wobei ihm das rechte Bein zerquetscht und die Schädeldecke gespalten wurde. Der Unglückliche erlag bald seinen Leiden. — In Wiesbaden wurde ein Schuhmann, der nahe der Mainzer Brücke drei Individuen, vermutlich Juhdler, festnehmen wollte, von diesen überfallen und durch Messerstiche in Lunge und Kopf schwer verletzt. Es ist fraglich, ob der Verwundete mit dem Leben davonkommt. Die Täter sind verhaftet. — In Königsee (Schwarzburg-Rudolstadt) stürzte der Fabrikbesitzer und Landtagsabgeordnete Friedrich Paris in Oberlöhlich von einem Umbau in seinem Etablissement 4 Meter hoch herab und zog sich neben einem komplizierten Beinbruch schwere innere Verletzungen zu.

Bermischtes.

Selbstmord zweier Schwestern. Aus Pest wird dem „N. Wiener Extrablatt“ geschrieben: „In der Ortschaft Bafog haben sich die zwei wunderbaren Töchter des reformierten Geistlichen Michael Wolgar, die 17jährige Julie und die 14jährige Helene, aus Verzweiflung darüber, daß sie von der Stiefmutter schlecht behandelt wurden, durch Revolvergeschüsse in das Herz getötet. Der Pfarrer Molnar war vor mehreren Jahren Witwer geworden. Seine erste Frau hatte zwei Mädchen hinterlassen, die schon als Kinder überaus schön und sehr begabt waren. Später heiratete der Geistliche zum zweiten Male, die Stiefmutter behandelte die Mädchen sehr schlecht, doch beklagten sie sich nie darüber, weil sie ihrem Vater keinen Schmerz bereiten wollten. Im ganzen Dorfe sprach man von dem unerträglichen Verhältnisse zwischen der Frau und den zwei Mädchen — nur ihr Vater hatte hiervon keine Ahnung. An einem der letzten Nachmittage waren die beiden Mädchen allein zu Hause. Sie gingen in ihr Zimmer und schrieben dort auf einen Zettel folgendes: „Rehe heim, lieber Vater, denn wir wollen nicht, daß unsere Leichen ein anderer als Du zuerst berührt.“ Den Zettel schickten sie durch ein Dienstmädchen in das Haus, in dem ihr Vater zu Besuch war. Als dies geschehen war, legten die Mädchen die Oberkleider ab, rühten zwei Sessel vor einen im Zimmer befindlichen großen Stuhlspiegel und töteten sich gleichzeitig durch Schüsse aus Revolvern, die sie sich zu verschaffen gewußt hatten. Die beiden Leichen stürzten vom Sessel und fielen auseinander. Der Vater war, als er den Zettel erhalten hatte, sofort entsetzt nach Hause geeilt. Er fand die Tür verschlossen, ließ sie aufbrechen und sah die Leichen seiner beiden Kinder. Er wurde fast wahnsinnig. Im Dorfe wendet sich die Erbitterung der ganzen Bevölkerung gegen die Stiefmutter.“

Ein gewaltiger Angellager. (Schöffengericht Augsburg.) Ein Mann vom Lande war des Holzdiebstahls angeklagt und eine ziemlich Anzahl Zeugen geladen, da der Forstrevier hartnäckig leugnete. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er dann mit seinem Fahrweil im Walde getan habe, entgegnete der Angellager, „er habe nur seine Ochsen zum Gras in den Wald geführt“. Vorsitzender: „Dann haben Sie also kein Holz geflohen?“ Angellager: „I glaub net.“ Vorsitzender: „14 Tage Gefängnis sind gegen Sie beantragt. Haben Sie noch etwas vorzubringen?“ Angellager: „I scho, I denk vier Tag beans scho au!“ Er wurde zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.

A. Messe,

Bankgeschäft,

Riesa, Hauptstrasse.

Verkaufsstelle der vereinigten Ziegelwerke der Riesaer Umgegend.

Ausführung
aller Bank- und Börsengeschäfte
wie:
An- u. Verkauf von Staatspapieren, Aktien, fremdländ. Geldsorten;
Spesenfreie Einlösung von Coupons, Dividendenscheinen;
Discontierung von Wechseln, Devisen;
Conto-Corrent- und Check-Verkehr;
Hypotheken-Nachweis für den Darlehner völlig kostenfrei.

Verzinsung	bei tägl. Verfügung	mit 2%
von	„ monatl. Kündigung	„ 3%
Bareinlagen	„ viertelj. „	„ 4%

} p. a.